

Rechtstendenzen
in der Freiwirtschaft,
im Modell
Die Natürliche Wirtschaftsordnung ?

Tristan Abromeit

Januar 1995

oooooooooooo

Studentag
zum Thema Freiwirtschaft und Faschismus

Helmut Creutz

September 1990

Text 8.12

Ökologie und Marktwirtschaft aus marxistischer Sicht

Natürliche Wirtschaftsordnung

- Die Gliederungsziffer 5.2.3 aus der Schrift *Ökologie und Marktwirtschaft*
von Jens Dörschel, Hrsg. Von Wilfried Telkämper, MdEP, Jan. 1994

Ein Kommentar zu: *Ökologie und Marktwirtschaft von Jens Dörschel*
von Tristan Abromeit, Juni 1994

Seiten 229 - 242

**Ökologie und Marktwirtschaft
aus marxistischer Sicht**

Natürliche Wirtschaftsordnung

- Die Gliederungsziffer 5.2.3 aus der Schrift *Ökologie und Marktwirtschaft* von Jens Dörschel, Herausgegeben von Wilfried Telkämper, MdEP, Januar 1994

Seite 2

Ein Kommentar zu: *Ökologie und Marktwirtschaft* von Jens Dörschel

von Tristan Abromeit, Juni 1994

Seite 3 - 13

Seite 26

5. Ökologische Markt

Abwertung der Währung durchführen und gewährleisten, wenn nicht ein Staat als Währungshüter? Schwundgeld nach dem Konzept der natürlichen Wirtschaftsordnung ist also entgegen dem Anspruch mit Anarchismus nicht vereinbar.¹

Insgesamt bleiben also eine Menge Fragen und Widersprüche, für die auf Anfrage keine Antworten und Lösungen gegeben wurden - stattdessen eine Flut von Info-Material, in dem in jedem Artikel von neuem Zins als Ursache allen Übels hergeleitet wird. Als ob negative Wirkungen des Zinses eingefleischten LeserInnen nicht schon längst bekannt wären.

Insgesamt erscheint die Freiwirtschaftslehre als ein geschlossenes Theoriegebäude, an des keine neuen Fragen durch neue Entwicklungen herangelassen werden - eine Praxis, an der schon der realsozialistische Marxismus scheiterte. Jede Gesellschafts- und Wirtschaftstheorie muß sich mit neuen Entwicklungen auseinandersetzen und Schlußfolgerungen daraus ziehen. Das müßten Liberale, die sich auf den reinen Smith berufen genauso erkennen können, wie MarxistInnen, die niemand anderes als Marx, Engels und Lenin anerkennen und eben auch FreiwirtInnen.

Da sie das nicht tun, erscheint ihr kleines Häuflein wie eine Sekte, die in ihrem eigenen Saft schmort. Sie allerdings als faschistisch zu bezeichnen, weil die NSDAP *Zinsnechtschaft des internationalen Judentums* als entscheidendes antisemitisches Ideologieelement benutzte, ist hingegen absurd. Die FreiwirtInnen erklärten ihre Theorie mit dem Nationalsozialismus genauso unvereinbar wie die Nazis die ihre mit Freiwirtschaft - weswegen die FreiwirtInnen von den Nazis auch verfolgt wurden.

5.2.3 Natürliche Wirtschaftsordnung

Das Konzept der natürlichen Wirtschaftsordnung (ursprünglich *Freiwirtschaftslehre*) geht auf Silvio Gesell zurück. Es wird heute vorwiegend von Teilen der anarchistischen, der ökologischen und der Selbstverwaltungsbewegung vertreten. Es beansprucht, die Marktwirtschaft vom Kapitalismus zu befreien, der Marktwirtschaft, ähnlich der neoklassischen Umweltökonomie, wieder mehr Geltung zu verschaffen. FreiwirtInnen, die sich auch als Liberalsoziale oder LiberalsozialistInnen bezeichnen, vertreten dabei so hanebüchene Thesen wie "Eine Marktwirtschaft ist von Natur aus auch gerecht und damit im weitesten Sinne sozial, sofern sie nicht durch leistungsloses Einkommen verfälscht wird."² Leistungsloses (Zins-) Einkommen trägt unzweifelhaft entscheidend zur Umverteilung von Einkommen und Vermögen von unten nach oben bei. Einseitig an der Sichtweise der FreiwirtInnen ist allerdings, daß sie den Zins als alleinige Ursache ansehen - als ob es keine anderen Formen von Ausbeutung gäbe.

Staatseingriffe werden als grundsätzlich schädlich abgelehnt. Als Beispiel dafür gilt ausgerechnet der Wohnungsmarkt, wo der doch gerade das Paradebeispiel für Marktversagen ist.

Zwei Instrumente machen das Konzept im Unterschied zu dem der Liberalen aus: Zins soll durch Schwundgeld (Geld mit festem Inflationssatz) abgeschafft werden und Freiland soll eingeführt werden. Bei der Freiwirtschaftslehre steht Geld im Mittelpunkt der ökonomischen Analyse - im Gegensatz zu Marx, der die Arbeit als Ausgangspunkt nimmt. In völliger Umkehrung zu Marx schreibt Dieter Suhr: "Das Sachkapital muß Rendite abwerfen, weil Geld Zins abwirft; nicht etwa wirft das Geld Zins ab, weil Sachkapital nützlich ist."³

Gesells Freiwirtschaftslehre entstand um die letzte Jahrhundertwende, also zu einer Zeit, in der Wachstumskritik noch keine Rolle spielte - im Gegenteil. Jede Wirtschaftstheorie, die kapitalistische, die marxistische und eben auch die freiwirtschaftliche, zielte darauf, möglichst viel Wachstum zu erzielen, um die materielle Versorgung der Mangel leidenden Bevölkerung zu verbessern. "Gesell erhoffte sich eine Entfesselung der Produktivkräfte", also Wachstum. Und "(...) er legt dar, daß es der Geldzins ist, welcher der Wachstumsrate des Realkapitals eine Grenze setzt."⁴ Er sah also den Zins als *Wachstumsbremse*. Folgerichtig versprach er sich von der Abschaffung des Zinses die gewünschte Entfesselung der Produktivkräfte.

Die ökologisch gewendete Freiwirtschaftslehre hingegen sieht heute Zins als *Motor des Wachstumszwanges*, ebenfalls im Gegensatz zu Marx, für den Geld und Zins dafür nicht die entscheidende Bedeutung haben. "Der berüchtigte Wachstumszwang kommt vom Zins" schreibt Suhr. Andererseits ist auch für ihn der Zins eine entscheidende Wachstumsbremse, die abzuschaffen ist. Diesen Widerspruch in der Analyse erkennt auch Suhr, der schreibt: "Es ist paradox: Einerseits wirkt der Zins als pathologische Bremse einer natürlich wachsenden, gesunden Wirtschaft, andererseits zwingt er, soll die Wirtschaft im Fluß gehalten werden, zum Wachstum."

Unklar bleibt wie Suhr diesen Widerspruch für sich löst, wie mit der wachstumsfördernden Zinsabschaffung das ausdrücklich angestrebte Ziel des Nullwachstums erreicht werden soll. Sein Erklärungsansatz ist nicht einsichtig. Nach Suhr soll mit Hilfe der Abschaffung des Zinses der Widerspruch zwischen ökonomischer Rentabilität und ökologischer Rationalität aufgehoben werden. Ausgangspunkt hierfür ist die treffende Analyse, daß Zinsen hohe Maßstäbe für die Rentabilität von Investitionen setzen, denn sie müssen mindestens soviel einbringen, wie ansonsten auf dem Kapitalmarkt angelegtes Geld. Hierin wird zurecht eine Wachstumsbremse gesehen, die auch ökologische Investitionen erschwert.

Suhr schreibt: "Sinkt jedoch der Rentabilitätsstandard 'Zins', so erniedrigt sich sowohl die ökonomische Hemmschwelle vor ökologisch

sinnvollen Investitionen als auch die Diskrepanz zwischen der ökonomischen Rentabilitäts-Rationalität auf der einen und der ökologischen Rationalität auf der anderen Seite." Es ist überhaupt nicht einsichtig, warum durch die Abschaffung des Zinses nur ökologische Investitionen ermöglicht werden sollen. Vielmehr ist es so, daß sowohl ökologische als auch unökologische Investitionen rentabel werden. Prinzipiell ändert sich an den Verhältnissen, daß unökologische Wirtschaftsweisen billiger und damit wirtschaftlicher sind als ökologische rein gar nichts. Vielmehr ist durch den Wachstumsschub eine Zunahme der Umweltzerstörung zu erwarten.

Zudem ist es nicht schlüssig, davon auszugehen, daß bei einem Zinssatz von Null alle ökologischen Investitionen rentabel werden. Vielmehr ist es doch eher so, daß in viele ökologischen Maßnahmen grundsätzlich hineingebutert werden muß, daß mit ihnen kein Gewinn gemacht werden kann. Sie stellen einfach nur tote Kosten dar. Bei niedrigeren Kapitalkosten sinkt zwar die Hemmschwelle zur Investition. Niedrige Kapitalkosten stellen aber noch längst keinen Anlaß dar, betriebswirtschaftlich unnötige Investitionen zu tätigen.

Ein anderer Vertreter natürlicher Wirtschaftsordnung, Dirk Löhr, stellt sich die Errichtung einer ökologischen Kreislaufwirtschaft so vor: "Die Nettoinvestitionen in Produktionsanlagen als wichtigste Wachstumsdeterminante sollen auf Null gebracht werden. Alle 'Kredite' - gemeint ist die gesamtwirtschaftliche Ersparnis - sollen von den Investitionen wegelenkt werden und zu hundert Prozent in den Konsum gehen."⁵

Diese Konzeption ist die konsequente Fortsetzung der Analyse des Marxisten Schui, der für den Fall einer Ökologisierung äußerst geringe Investitionen erwartet: "Insgesamt also werden nur wenig investierbare Fonds benötigt. Das Sparen muß niedrig ausfallen, wenn sich kein gesamtwirtschaftliches Nachfragedefizit ergeben soll."⁶

Unklar bleibt aber, wie eine Abschaffung oder auch nur Einschränkung von Investitionen erreicht werden soll. Dabei ist überhaupt zweifelhaft, ob eine Wirtschaft völlig ohne Investitionen erstrebenswert ist. Auch Schui schreibt, daß *weniger*, aber keineswegs *keine* Investitionen nötig sind. Das Konzept der strukturellen Ökologisierung geht im Gegensatz davon aus, daß in neuen ökologischen Wirtschaftssektoren sehr viel investiert werden muß. Und auch das Konzept der Gleichgewichtswirtschaft verlangt nach Erhaltungsinvestitionen, um natürlichen Verfall des Kapitals auszugleichen.

Unklar bleibt bei der Freiwirtschaftslehre auch, wo der Unterschied zwischen Schwundgeld und Inflation liegt, abgesehen davon, daß Schwundgeld nach einem festgesetzten Satz abgewertet wird und Inflation frei schwankt? Wohl nicht umsonst ist Inflation eines der gefürchtetsten Phänomene moderner Volkswirtschaft. Und wer soll die planmäßige

¹ Süddeutsche Zeitung vom 20.12.91, S.48.

² Helmut Creutz in *Der Dritte Weg, Zeitschrift für die natürliche Wirtschaftsordnung*, Sonderdruck März 1992, S.23.

³ Dieses und die nächsten Zitate von Suhr in *Befreiung der Marktwirtschaft vom Kapitalismus. Monetäre Studien zur sozialen, ökonomischen und ökologischen Vernunft*, S.38, S.45 und S.53.

⁴ Beide Zitate nach Gerhard Senft: *Weder Kapitalismus noch Kommunismus* S.145 bzw. 147.

⁵ nach Nützingers *Zahnt*: BUNDposition 14, S.30.

⁶ Herbert Schui: *Ökonomische Grundprobleme des Kapitalismus*, S.107.

Zur Kritik an der natürlichen Wirtschaftsordnung auch Jürgen Kaut: *Kritik der freiwirtschaftlichen Geld- und Zinstheorie*, *Politische Ökologie* 29/30, S. 12ff.

Sozialdemokratischer Informationsdienst Nr. 6/90 Umweltpolitik, S.6.

**Ein Kommentar zu:
Ökologie und Marktwirtschaft
von Jens Dörschel**

von Tristan Abromeit, Juni 1994

Vorbemerkung

Ich war gerade dabei, mir lesend-nachdenkend den Inhalt der Schrift *Ökologie und Marktwirtschaft* zu erschließen, als mir meine Frau, die dabei war, ein Geburtstagspäckchen fertig zu machen, einen Spruch von Ernst Wichert vorlas:

"Nur wer die Herzen bewegt,
bewegt die Welt."

Sie fügte kommentierend hinzu: "Auf die Marxisten trifft das zu, auf Euch Freiwirte nicht!" Das saß. Sie dachte dabei wohl auch an die sympathischen Menschen unter den Marxisten, denen sie in der Zeit ihres Studiums begegnet war. Ich habe mich damit getröstet, daß ihr Kommentar sicherlich umgekehrt ausfallen würde, wenn sie mit einem Marxisten verheiratet wäre, denn in ihm drückt sich ja der Ärger über die Kehrseite des politischen Engagements des Ehemannes aus, der seine Rolle als Hausmann nicht ernst genug zu nehmen scheint.

Wenn es für den Leser auch nützlich sein kann, den Schreibenden in seiner sozialen und gesellschaftlichen Rolle zu erkennen - was ich bei Jens Dröschel vermisse - so geht es mir bei der Wiedergabe der oben geschilderten Begebenheit nicht um Persönliches.

Der Marxismus wie ebenso die Freiwirtschaft war und ist eine Herzensangelegenheit jener, die sich in der Vergangenheit jeweils dafür engagiert haben und dies heute noch tun. Kann man nun aus der Tatsache, daß der Marxismus bisher eine größere Zahl von Menschen erreicht hat bzw. hatte als die Freiwirtschaft, logisch schließen, daß er auch eine größere oder qualitativ höherwertige Herzensangelegenheit ist? Ist es nicht so, daß die

schrumpfende Zahl der Marxisten Mühe hat, das Feuer in ihrem Herzen nicht verglimmen zu lassen, weil ihre Träume von der Wirklichkeit gelöscht wurden? Das ist kein Grund zur Hämie seitens der Freiwirtschaft, denn diese hat ihre Bewährungsprobe im großen noch vor sich.

Hat sich der realexistierende Sozialismus und damit der Ostblock nicht deshalb aufgelöst, weil aus einer marxistisch inspirierten, beglücken wollenden Bewegung eine politische menschenfeindliche Erstarrung geworden war? Muß nicht zwangsläufig das, was die Menschen bewegt, in die Irre führen, wenn der Verstand nur noch zur Dogmatisierung und Verteidigung des bewegenden Anliegens eingesetzt wird, statt zur sauberen Analyse und Kontrolle?

Eine Kurzbewertung

Ein Mitglied der Partei DIE GRÜNEN bezeichnete mir gegenüber die vorliegende Arbeit von Jens Dörschel als Machwerk. Den Begriff *Machwerk* weiß ich im Moment gar nicht richtig zu umschreiben. Die Bezeichnung *Machwerk* stellt in jedem Fall ein vernichtendes Urteil über eine geistige Produktion aus. Ich denke, das Urteil ist nicht gerechtfertigt. Die Arbeit von Jens Dörschel ist gut gegliedert, sie drückt das Bemühen aus, die reale Wirtschaft und Politik mit dem Handwerkzeug des gelernten Marxisten neu zu durchdringen, und ~~erklärt~~ die Kommunikation zwischen Marxisten und Nichtmarxisten durch die Aufarbeitung unscharfer, mehrfach belegter und mißgedeuteter Begriffe zu verbessern. Diese Klärung kann Gegenstand von Seminaren sein oder sie kann auch durch gegenseitige Bezugnahme in der politischen und ökonomischen Literatur erfolgen. Das Urteil *Machwerk* kam von einem durch die Naturwissenschaften geprägten Menschen. Und aus naturwissenschaftlicher Sicht ist es sicher so, daß die Marxismuslehre wie die Theologie über weite Strecken eine Bearbeitung von Glaubenssätzen mit wissenschaftlichen Arbeitsmethoden ist. Aber auch Glaubenssätze sind eine Realität und manchmal eine realitätsverändernde Kraft.

Ich habe diese Arbeit aber in der Hauptsache daraufhin durchge-

sehen, ob sie etwas hergibt zu dem Thema *Rechtstendenzen in der Freiwirtschaft*. Außer dem Bericht über meine Prüfung werde ich aber noch ein paar andere Anmerkungen machen.

Eine Kritik und Aufmunterung an die Adresse der Herausgeber

Jens Dörschel schreibt auf Seite 6:

"Bei der Beschäftigung mit dem Thema 'Ökologie und Ökonomie' wird klar, daß sich die meisten Umweltbewegten über die ökonomischen Wurzeln von Umweltzerstörung und über wirtschaftliche Zusammenhänge nicht klar sind, d.h. daß deren ökologisches Handeln zu kurz greifen muß. Es besteht ein starker Zusammenhang zwischen Wirtschaft und Umwelt. Die ökologische Krise beeinflusst die Wirtschaft, genauso wie ökonomische Krisen die Umwelt beeinflussen. Eine einseitige ökologistische Kritik ist demnach unangemessen. Allein moralisierende Positionen stehen nicht umsonst im Abseits. Ökologische Problemlösungen müssen gesellschaftliche und wirtschaftliche Strukturen umfassen."

Diese Formulierung könnte von der ersten Initiative kommen, die den Gründungsprozeß der grünen Partei ausgelöst hat und die eine freiwirtschaftliche war. Wahrscheinlich sind in den Papieren der Initiativgruppe aus der Gründungszeit noch die Komplexe Frieden und Soziale Frage mit eingebaut.

Es waren aber maßgeblich Marxisten in Koalition mit den Nur-Ökologen und den Nur-Friedensbewegten, die diese Gründungsinitiative, die später unter den Namen *Arbeitskreis Dritter Weg* und *Liberalsozialer Arbeitskreis* arbeitete, behinderten, indem sie z.B. vom Zugang zu den grünen Medien ausgeschlossen wurden - nicht offiziell aber faktisch.

In der ersten Phase der Gründungsgeschichte der Grünen spielten die Marxisten, die Mitglieder verschiedener K-Gruppen keine oder nur eine unbedeutende Rolle. Ich selber gehörte zu den Gründungsgrünen, die die Gefahr des Scheiterns des Projektes *grüne Partei* in Kauf nahmen und die Mitgliedschaft von K-Gruppenmitgliedern bei den GRÜNEN gutgeheißen haben. Von dem Prinzip *Vielfalt in der politischen Einheit*, das den Grünen einen or-

dentlichen Anschub geben sollte, haben die marxistisch orientierten Leute doch nur soviel verstanden, daß dieses Prinzip gut war, um sie aus ihrem politischen Sektiererdasein zu erlösen. Gut trainiert in politischen Grabenkämpfen, glaubten sie nun durch Abstimmungssiege in den Bundes- und Landesdelegiertenversammlungen sowohl ihre politischen Inhalte in die Köpfe aller Grünen zu transportieren wie auch aus der grünen Partei so etwas wie einen revolutionär-marxistischen Stoßtrupp zu machen. Die Folge war selbstverständlich, daß die Partei dadurch ständig Zerreißproben ausgesetzt war, daß viele Mitglieder resignierend das Handtuch warfen, daß die Grünen auch nie den Stimmanteil und die Mitgliederzahl erhalten haben, die sie unter Beibehaltung ihres Gründungsverständnisses wahrscheinlich erreicht hätten. Für mich persönlich gelten als RepräsentantInnen dieser politisch-marxistischen torhaften Linie Jutta Ditfurth, Rainer Trampert und Thomas Ebermann, für die als Personen ich durchaus Sympathie empfand und die ja nun nicht mehr den GRÜNEN angehören. Die Folge ist doch, daß von den GRÜNEN nur ein Zerrbild der Gründungsidee realisiert wurde und daß diese Partei in den Status einer Mini-Edel-SPD gerutscht ist. Und die Sozialdemokratie ist sozusagen der Trabi der Politik, sie kann sich nur halten, weil sie vor einer wirklichen Konkurrenz geschützt wird; man muß lange auf sie warten, und dann kann sie nicht halten, was sie verspricht. Das Verdienst der westdeutschen, marxistisch orientierten politischen Opposition (im Zusammenwirken mit dem untergegangenen realexistierenden Sozialismus) ist aber auch, daß die CDU und FDP das Verharren im ewig Gestrigen als einen Fortschritt verkaufen kann. Dies ist die Ausgangsbasis, die Marxisten bewußt sein muß, wenn sie innerhalb und außerhalb der GRÜNEN Politik formulieren.

Jutta Ditfurth ist, als sie Mitglied des Bundesvorstandes der GRÜNEN war, durch die Welt gefahren und hat so getan, als sei ihre marxistische politische Position die Position aller Parteimitglieder. Das war klarer Mißbrauch eines Amtes. Die Aufmachung des Einbandes von Jens Dörschels Text liegt auf der Linie, wie Ditfurth die Grünen vertreten hat.

Der Titel hätte ehrlicherwise heißen müssen: *Ökologie und*

Marktwirtschaft aus marxistischer Sicht. Dieser Zusatz wäre für die wirklich Interessierten keine Abschreckung, sondern ein Anreiz gewesen, hätte aber den Eindruck vermieden, daß das Thema von einer objektiven Warte (wenn es die gibt) aus behandelt würde. Ich habe starke Bedenken dagegen, wenn die Exekutive und Legislative und Teile ihrer Mitglieder sich als Aufklärer betätigen, denn irgendwie geraten die Aufklärungsschriften doch immer zu Propagandaschriften. Aber schlimmer ist, daß diese Aufklärung zu Lasten der Staatskassen den Ideenwettbewerb in der Gesellschaft noch mehr verfälschen, als dieser durch einen oligopolisierten Informationsmarkt ohnehin schon verfälscht ist. Wenn DIE GRÜNEN im Europaparlament informieren, dann muß man auch darauf vertrauen können, daß dem 1. ein demokratisch zustande gekommener Beschluß zu Grunde liegt, und daß 2. alle in der Partei vorhandenen Denkansätze zu einem Thema oder Problem den Adressaten präsentiert werden. Die dem Text von Dörschel vorangestellten Thesen sind gezeichnet mit:

Frieder O. Wolf Wilfried Telkämper
(Die Grünen im Europa-Parlament)

Diese Kennzeichnung ist nicht korrekt. Entweder hätten die Namen einfach mit MdEP ergänzt werden müssen, oder es hätte heißen müssen: im Auftrag oder für die Fraktion der Grünen im Europaparlament. Meine Einlassung hierzu ist nicht Ausdruck von Klein-kariertheit, sondern die Abwehr von Kompetenzverschleierung.

Schulen, die die Ökonomie oder auch die gesamtgesellschaftlichen Zusammenhänge erklären, würden nicht entstehen, wenn der Bedarf an Erklärungen nicht vorhanden wäre. Wenn konkurrierende Denkschulen entstehen, dann trägt nicht unbedingt die Schule den Sieg davon, die der Wahrheit (im Sinne von Richtigkeit) am nächsten kommt, sondern (unter der Voraussetzung, daß das Erklärungsmodell plausibel klingt) die Schule, die die tüchtigsten Vertreter findet (Proudhon - Marx). Aber wenn in der Anwendung die Theorie einer Schule scheitert und durch eine oder mehrere Schulen mit anderen Erklärungsmustern ersetzt wird, dann haben nicht automatisch die Nachfolgeschulen einen höheren Wahrheitsgehalt als die gescheiterte(n). Dies will besagen, daß jegliches Denken und jede Bildung einer Denkschule mit dem Risiko des Ir-

rens behaftet ist. Aus diesem Grunde ist es durchaus richtig, wenn Wolf und Telkämper vertreten:

"Das Ende des historisch konstituierten 'offiziellen' Marxismus macht das wissenschaftliche Studium der Untersuchungen und Thesen Marx' und seiner vielfältigen FortsetzerInnen viel notwendiger, als dies alle Ermahnungen Kautskys oder Lenins zu seiner ernsthaften wissenschaftlichen Aneignung je vermocht haben."

Es ist durchaus nützlich zu wissen, ob die Fehler in der Theorie oder in der Praxisumsetzung liegen. Da aber schon so unendlich viel dazu geschrieben wurde, wäre der Weg der Erkenntnis über das Experiment vielleicht doch der erkenntnisreichere. Auch besteht bei dem Versuch, eine Theorie zu retten oder wiederzubeleben die Gefahr, daß der Mensch zurechtgebogen wird, wenn Widersprüche zwischen Theorie und Wirklichkeit sonst nicht ausräumbar sind. Es hat auch wenig Sinn die Marx-Engels-Werke in der Art anzugehen, wie die Bibel von den Bibelforschern. An den Gott der Bibel kann man glauben, aber nicht ihn aus der Bibel beweisen.

"Gerade nach dem Ende des historisch konstituierten Marxismus zeigt sich so die Dringlichkeit des 'Modells Marx'. Prüfet alles!, dieses marxsche Motto gilt heute wie nie zu vor."

Auf denn und prüft! Prüft aber nicht nur an Hand marxscher Erkenntnismuster erneut die Ökonomie und gesellschaftliche Strukturen, sondern auch mit Logik, Intuition und "gesundem Menschenverstand" Marx selbst. Wenn verschiedene Schulen ihre Analysen und die Ergebnisse ihrer Analysen überprüfen und dabei keine Fehler machen, dann müßte theoretisch der Punkt erreicht werden, wo unterschiedliche Schulen zum gleichen Ergebnis kommen.

"Jede Zukunft beginnt in der Gegenwart und ist ohne Bezugnahme auf die aus der Vergangenheit hervorgegangene Lage undenkbar. Die planetare ökologische Krise und die in Gesamteuropa, gestützt auf die osteuropäischen Umwälzungen, einsetzende antifeministische Gegenreform benennen die beiden zentralen Herausforderungen des heutigen Momentes. Hierzu hat die marxi-

stische Tradition, hat die marxsche Kritik etwas Wichtiges zu sagen. Es kommt nur darauf an, sie durch kritische Arbeit so weit zu verändern, daß sie dies auch klar und verständlich sagen kann."

... und nicht weiterhin Diffamierung mit Argument verwechselt. Jens Dörschel hat einen ersten Versuch vorgelegt.

Faschismusvorwürfe durch Jens Dörschel?

Ausgehend davon, daß eine schlechte Kritik auch noch der kritisierten Person oder Sache einen Bedeutungszuwachs bringen kann, ist es schlechte linke Tradition, Personen oder Inhalte schweigend zu übergehen, denen ein Bedeutungszuwachs nicht gegönnt wird. Wenn jetzt Peter Bierl, auf den ich in der nächsten Arbeit zurück komme, in ÖkoLinX einen langen Artikel mit dem Titel *Der rechte Rand der Anarchie - Silvio Gesell und das Knochengeld* verfaßt, dann kann man das in verschiedener Weise deuten: Verunsicherung über den eigenen theoretischen Ansatz, Mangel an anderen "Opfern" oder Angst vor der Abwanderung der Linken vom Marxismus zur Freiwirtschaft (Natürliche Wirtschaftsordnung).

Bei Dörschel habe ich den Eindruck, daß ihn die Logik seiner Darstellung zwang, den Gliederungspunkt 5.2.3 Natürliche Wirtschaftsordnung nicht einfach ausfallen zu lassen. Sicher wollte er nicht gerade eine Werbung für die NWO machen, aber im Rahmen dessen, was heute ein marxistischer Linker zur Freiwirtschaft sagen kann, bleibt er im Rahmen der Sachlichkeit. Wenn er den Satz "Eine Marktwirtschaft ist von Natur aus auch gerecht und damit im weitesten Sinne sozial, sofern sie nicht durch leistungsloses Einkommen verfälscht wird." als hanebüchen bezeichnet und ihm der Widerspruch in der Aussage "Der Zins ist eine Konjunkturbremse und eine Ursache für den Wachstumszwang!" auflösbar erscheint und er sich den Unterschied zwischen Schwundgeld und Inflation nicht erklären kann, dann ist er noch nicht tiefer in die Theorie der Freiwirtschaft eingedrungen, mit der ja eben die Marktwirtschaft vom Kapitalismus befreit werden

könnte.

Dörschel mokiert sich über "eine Flut von Info-Material, bei dem in jedem Artikel von neuem der Zins als Ursache *allen* Übels hergeleitet wird." Richtig ist, daß es thematische Wiederholungen gibt. Das ist aber kein Spezifikum der Freiwirtschaft. Ein Radiosender variiert den Inhalt seiner Nachrichtensendungen im Laufe des Tages auch nur geringfügig. Die Redakteure gehen davon aus, daß sie jedesmal ein anderes Publikum haben. Dies trifft nur zum Teil zu. Wenn z.B. in einer Werkhalle den ganzen Tag über das Radio mit dem gleichen Sender läuft, dann können die sich wiederholenden Nachrichten ganz schön nerven.

Die Flut von Infos ist aber sowohl eine Täuschung wie auch eine Enttäuschung. "Die Flut" ist eine Enttäuschung unserer Freunde vom linken Flügel, daß es ihnen trotz aller Bemühungen nicht gelungen ist, uns mundtot zu machen. Sie ist eine Täuschung insofern, weil sie durch die Konzentration der Verteilung an relativ kleine Empfängergruppen verdeckt, daß bezogen auf die gesamten bedruckten Seiten mit den Themen *Gesellschaft, Ökonomie* und *Ökologie* die freiwirtschaftlichen Infos sicher nicht 1% ausmachen. Der Marxismus in allen seinen Varianten ist über die Universitäten in der BRD mit öffentlichen Mitteln gelehrt worden. Der Marxismus, da er sozusagen ein Monopol auf geistig-politische Opposition in der Alt-BRD hatte, hat in großer Zahl finanzielle und personelle Förderung gefunden. Auch die Parteikasse der Grünen konnten sie auf verschiedene Weise für ihre Botschaft anzapfen. Die FreiwirtschaftlerInnen standen über Jahrzehnte dagegen ganz einsam mit wenigen Mitteln da. Kein Lehrstuhl an den Universitäten, keine Förderung durch irgendwelche Verbände, keine Förderung aus Parteikassen oder durch den Staat. Wenn die Freiwirtschaftsschule nicht untergegangen ist und vielmehr anfängt sich zu entfalten, dann ist das dem Einsatz von relativ wenigen Menschen zu verdanken.

Was würde ein Marxist tun, der in einem Umfeld leben würde, wo er das ganze Jahr über niemanden trifft, den er von seinem Anliegen erzählen könnte, wenn er einen zweiten Marxisten in der gleichen Situation treffen würde? Er würde mit großer Wahrscheinlichkeit dem anderen Marxisten den Marxismus erklären. Ich

habe solche Situationen in der Vergangenheit unter freiwirtschaftlichen Leuten erlebt. Es gibt ja nun aber nicht nur freiwirtschaftliche Infos, sondern in den 100 Jahren, seit die von Gesell begründete Freiwirtschaftsschule besteht, ist eine erstaunlich umfang- und fazettenreiche Literatur entstanden. Aber nicht nur solche, mit der man glänzen kann. Die Ausgabe von Gesells gesammelten Werken ist bald abgeschlossen und wird 17 Bände umfassen. Vielleicht hebt es das Niveau der Kritik an der Freiwirtschaft, wenn das eine oder andere Buch gelesen wird.

Wo ein sektenhaftes Verhalten von FreiwirtInnen ausgemacht werden kann, ist es mehr durch die äußeren Bedingungen verursacht, unter denen Freiwirtschaft vertreten werden mußte, als durch die Inhalte. Es mag einzelne FreiwirtInnen geben, die im eigenen ideenmäßigen Saft schmoren. Generell stimmt, daß die Freiwirtschaft selbst ein offenes System ist und daß ihre VertreterInnen sich immer für Literatur und Menschen mit anderen Inhalten interessiert haben. Leider haben sich auch einzelne Freiwirte zu den Nationalsozialisten verirrt. Mit diesem Satz muß die richtige Aussage von Dörschel ergänzt werden:

"Sie allerdings als faschistisch zu bezeichnen, weil die NSDAP die Zinsknechtschaft des internationalen Judentums als entscheidendes antisemitisches Ideologieelement benutzte, ist hingegen absurd. Die FreiwirtInnen erklärten ihre Theorie ,mit dem Nationalsozialismus genauso unvereinbar wie die Nazis die ihre mit Freiwirtschaft - weswegen die FreiwirtInnen von den Nazis auch verfolgt wurden."

Warum trotzdem die FreiwirtInnen von marxistischen Leuten häufig als faschistoid etc. eingestuft werden, macht Dörschel ungewollt deutlich.

Unter dem Stichwort Ökofaschismus heißt es:

"Entgegen vielerlei Schnellanklagen wird jemand nicht durch eine einzige Haltung zum Faschisten, sondern durch die Verbindung mehrerer Haltungen, die als *Ideologeme* bezeichnet werden. Solche Ideologeme, die allein noch keinen Faschismus ausmachen, sind Rassismus, Nationalismus, Militarismus, die Betonung von Tugenden, Antikommunismus, autoritäres Führerprinzip."

Die Freiwirtschaft ist nun insofern antikommunistisch, als sie den Kommunismus als Freiheit vernichtendes Staatsprinzip ab-

lehnt. Denn bisher ist der Kommunismus noch nicht ohne Zentralismus formuliert worden. Daß die Freiwirtschaft kommunistische Arbeits- und Lebensformen auf privatrechtlicher, freiwilliger Basis akzeptiert, weil dadurch die Vielfalt der Arbeits- und Lebensformen vergrößert und dadurch der Wettbewerb ausgeweitet wird, also ein Optimierungsdruck entsteht, wird übersehen oder nicht verstanden.

Unter Sozialdarwinismus ist zu lesen: "Das Leistungsprinzip des Liberalismus ist genaugenommen also sozialdarwinistisch." Und am Schluß dieses Absatzes steht: "Sozialdarwinismus ist also Grundlage für faschistische und rassistische Ideologie." Diese Aussagen stellen zwar gedanklich krauses Zeug dar, machen aber verständlich, warum manche Leute folgern, das wir "rechts", faschistoid oder was weiß ich noch sind. Selbstverständlich kann eine funktionierende Wirtschaft nicht auf das Leistungsprinzip verzichten, denn wenn die Leute immer da ernten können, wo andere säen, dann sät bald keiner mehr. (Daß das Leistungsprinzip ergänzt werden muß, weil nicht alle oder manche nur verringert leisten können, steht auf einem anderen Blatt. Und wohlgemerkt: Nur Arbeit kann Leistung vollbringen. Wenn die Werbung sagt: Laß Dein Geld arbeiten, dann ist das eine Irreführung.) Ohne Leistungsbelohnung gibt es keinen positiven Wettbewerb und ohne Wettbewerb gibt es keine Freiheit.

Ich vermute seit langem, daß uns die Marxisten als Prügelknaben benötigen, weil sie ^{damit} ihre Unfähigkeit zur konzeptionellen Arbeit verdecken können. Diese Unfähigkeit der Linken beschreibt Dörschel in dem Absatz Ein alternatives Gesellschaftsmodell:

"Wenn es wieder eine Perspektive geben soll, den Kapitalismus durch eine bessere Gesellschaftsform abzulösen, dann muß wieder eine linke Gesellschafts- und Wirtschaftskonzeption entwickelt werden. Denn ohne konzeptionelle Alternativen wird es schwierig, eine nicht-kapitalistische Gesellschaft aufzubauen.

Solange der desolate Zustand der Linken mit vorzugsweise wirren und destruktiven Konzepten und Uneinigkeit anhält, besteht keine Alternative zum ökologischen Kapitalismus - nicht weil sie nicht denkbar oder machbar wäre, sondern weil es keine Kräfte gibt, die an ihr arbeiten.

Diskussionen über eine gesellschaftliche und wirtschaftliche Konzeption finden derzeit kaum statt und finden sich auch in der derzeitigen linken Literatur so gut wie gar nicht."

Klar, wenn jemand in der Kneipe den Maul-Revolutionär spielt, seine Kraft mit Artikeln, wie den erwähnten von Bierl oder mit manipulierender Taktik auf Parteitagern vergeudet oder auch keinen konstruktiven Ansatz in der marxistischen Theorie sieht, dann kann man nicht konzeptionell arbeiten. Aber wenn man selber nicht in der Lage ist, kritikfähige Konzeptionen vorzulegen, dann dürfen es andere auch nicht. Und wer es trotzdem tut, dem wird das Maul mit "Du Faschist!" gestopft. Gott sei Dank hat die Methode nur begrenzte Wirkung.

Jens Dörschel darf ich ja nun nicht dafür danken, daß er trotz seiner marxistischen Ausgangsbasis versucht hat, sein Thema redlich abzuarbeiten; sonst ist er morgen nach der Speziallogik à la Bierl, die unter Linken weitverbreitet ist, auch ein Faschist.

